



Fast 200 Bürgerinnen und Bürger kamen im Kolpinghaus zusammen, um sich von der BI über deren Pläne und Hintergründe zu informieren. Foto: win

# BI wurde vor die Tür gesetzt

**OLPE** Kolpingwerk Münster untersagte kurzfristig Versammlung im „Regenbogenland“

*In letzter Minute wich die neue Bürgerinitiative ins Kolpinghaus aus.*

win ■ Fast 200 Bürgerinnen und Bürger kamen am Montagabend im großen Saal des Olper Kolpinghauses zusammen, um sich von der Anfang des Jahres gegründeten Bürgerinitiative „Humane Flüchtlingspolitik in Olpe“ (HFO) über deren Hintergründe und Ziele informieren zu lassen.

Fast in letzter Minute war die Veranstaltung gerettet worden, hatte sie doch ursprünglich in der Aula der Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“ stattfinden sollen. Doch, so Wolfgang Maasjost vom Vorstandsteam der BI, am Nachmittag des Veranstaltungstages habe das Kolpingwerk Münster, dem das „Regenbogenland“ gehört, der BI bedeutet, dass diese dort nicht willkommen sei. Anders die Kolpingsfamilie Olpe: Diese öffnete gemeinsam mit den Pächtern der Gaststätte das Kolpinghaus Olpe, so dass die Versammlung wie geplant stattfinden konnte.

Dabei hätte sich das „Regenbogenland“ als Veranstaltungsort angeboten, ist die nur noch wenige Tage geöffnete Ferienstätte doch eigentlicher Auslöser der BI. Wie berichtet, plant die Stadtverwaltung, das Anwesen zu kaufen, um es dann dem Land zu vermieten, das dort eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Flüchtlinge installieren will.

Im Rahmen eines Pressegesprächs hatte die BI vor zwei Wochen über ihre Ziele berichtet, und am Montag wurde dies für interessierte Bürgerinnen und Bürger wiederholt.

Maasjost berichtete, dass die BI seit dieser Zeit nicht mehr nur aus den 16 Gründungsmitgliedern, sondern aus 120 Bürgerinnen und Bürgern bestehe, und Reiner Löcker ergänzte, am Montag seien noch zahlreiche weitere Anmeldungen eingegangen. Und im Anschluss an die Versammlung nutzten zahlreiche weitere Bürger die Gelegenheit, ein Anmeldeformular auszufüllen, so dass die Mitgliederzahl inzwischen bei rund 200 liegen dürfte – längst nicht mehr nur Anwohner des „Regenbogenlands“, sondern laut Löcker Bürger aus dem gesamten Stadtgebiet.

Und das, das machten die Initiatoren auch am Montag noch einmal deutlich, sei das Ziel der BI: kein stumpfes Contra, das Verhindern einer Massenunterkunft im „Regenbogenland“, sondern ein Pro, der Einsatz für eine menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen im gesamten Stadtgebiet, in Häusern und Wohnungen statt in Containern oder dem „Regenbogenland“. Dieses ist für 185 Urlauber vorgesehen und

müsste, um wie geplant 500 Flüchtlingen Platz zu bieten, mit Stockbetten und umgenutzten Tages- und Gruppenräumen ausgerüstet werden, eine Menge von Menschen, die nach Ansicht der BI dort nicht angemessen betreut und versorgt werden kann und die für das Wohngebiet, das unmittelbar an das „Regenbogenland“ grenzt, nicht akzeptabel ist – ebenso nicht wie die übers Jahr rund 11 000 Menschen, die nach Rechnung der BI diese Unterkunft durchlaufen würden. Bei einem Gespräch mit dem Bürgermeister sei bei Anliegern der Eindruck entstanden, der Plan sei nur in den Stiel gestoßen worden, um über die Pacht vom Land den Kaufpreis für das „Regenbogenland“ zu refinanzieren, so Löcker.

Christian Hose informierte über die rechtlichen Grundlagen und die Flüchtlingsströme, die in den nächsten Jahren zu erwarten sind. Dies müsse bewältigt werden, „jeder ist gefordert, etwas zu tun“, so Christian Hose, der betonte, dass bei einer ZUE überhaupt keine Integration von Flüchtlingen möglich, ja, nicht einmal gewollt sei. Dies sei aber die moralische Pflicht jeder Kommune, und ein Weg-ducken durch die Schaffung einer ZUE, die dazu führt, dass keine Flüchtlinge zur dauerhaften Unterbringung zugewiesen werden, sei keine Option.

Bereits im Februar-Sitzungsblock, berichtete Reiner Löcker, wolle die Stadtverwaltung den Rat über die Grundsatzentscheidung einen Beschluss fällen lassen. Immerhin habe die Verwaltung nun angekündigt, am 27. Januar ihrerseits eine Bürgerinformation zu veranstalten, die vermutlich in der Realschulaula stattfinden solle. „Wir sind sehr gespannt“, so Löcker.

Die Unterbringung in kleineren Einheiten fordere eine andere Betreuung als in Massenunterkünften, so Christian Hose, aber „dabei ist die Stadt nicht allein“. Die BI stehe dafür, Ehrenamtler mit in die Pflicht zu nehmen, um für die Integration der dezentral untergebrachten Menschen zu sorgen.

Seitens anwesender Kommunalpolitiker gab es großes Lob für die BI. Allen voran äußerte sich CDU-Stadtverordneter Lothar Epe, der sich erfreut über den moderaten Ton und das Aufzeigen von Alternativen freute. „Ich hatte provokantere Dinge befürchtet“, so Epe. „Diese Fragen, die Sie hier gestellt haben, stellen sich wohl alle Olper Bürger. „Der Politik muss man ab und zu ein wenig auf die Beine helfen. Das hier war wohlthuend anders als ‚Pegida‘.“ Er unterstütze die Forderung der BI nach einem Arbeitskreis, verwahrte sich aber gegen die Formulierung, „die Stadt“ habe die bisherigen Planungen vorangetrieben. „Das ist eine Sache der Verwaltung und des Bürgermeisters, die Politik ist noch nicht einbezogen.“ Abschie-

Send brachte Epe die Caritas, deren Kreisvorsitzender er ist, als möglichen Kooperationspartner ins Gespräch.

Theo Kruse, CDU-Kreisvorsitzender und innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, lobte die Mühe und das Engagement der BI, warb aber auch um Verständnis für das Land, das verzweifelt nach Unterkünften suche. Olpe sei nicht der einzige mögliche Standort einer ZUE, derzeit werde an 60 Stellen geprüft. Und dass eine Kommune die Bürger nicht von Anfang an einbeziehe, wenn noch nicht einmal feststehe, ob eine Immobilie überhaupt geeignet sei, das sei doch verständlich. Kruse erklärte auf Nachfrage von CDU-Ratsherr Udo Horn, unmittelbar vor der Versammlung mit dem zuständigen Staatssekretär gesprochen zu haben: Eine ZUE werde vom Land einer Kommune nicht aufgezwungen, die Kommune müsse zustimmen. Allerdings warb Kruse für die Schaffung von Massenunterkünften, denn dann sei die Betreuung viel einfacher zu stemmen als bei dezentralen Wohnstätten.

Dr. Bettina Wolf, die sich als eine von zwei Bewerbern um die Bürgermeisterkandidatur der CDU in Olpe bemüht, lobte, die BI habe „eine komplexe Materie verständlich aufbereitet“. Es sei wichtig, das Thema zum Gespräch zu machen, „für mich fehlen da noch viele Analyseschritte. Aber ich danke Ihnen für die Impulse, die Sie geben.“

CDU-Ratsherr Siegbert Rasche, in dessen Wahlbezirk zwei von drei Unterkünften für Flüchtlinge liegen, fasste zusammen: „Wenn Sie das alles ehrlich meinen, haben Sie meine Akzeptanz. Wir dürfen diese Leute nicht alleine lassen.“ In diesem Zusammenhang übte er deutliche Kritik an den Zuständen der Unterkünfte Stachelauer/Lütringhauser Weg.

Dies unterstützte ein pensionierter JVA-Bediensteter, der regelmäßig für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber engagiert wird. Die Stadt Olpe tue hier viel weniger als andere Kommunen; er erwähnte lobend Attendorn und Wenden.

FDP-Fraktionschef Andreas Stenzel erklärte, nach allem Gehörten stehe für ihn fest, dass im Februar noch keine Entscheidung gefällt werden könne, da müssten noch viele Informationen fließen. „Unser Bürgermeister hat es wirklich sehr, sehr eilig“, so Stenzel. Ein Bürger erklärte: „Der Umgang der Stadt mit den Bürgern ist in-diskutabel.“ Das Vorgehen des Bürgermeisters zeige eindeutig, dass es hier nur um fiskalische Gründe gehe und nicht um das Wohl der Menschen, weder der Flüchtlinge noch der Olper Bürger. Und eine Frau dankte im Schlusssatz: „Ich schäme mich, mich bisher überhaupt nicht um das Thema gekümmert zu haben – das alles hat mich sehr nachdenklich gemacht.“